

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 11.06.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:34 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend sind:

Marion Krischok

Christoph Bernstiel

Gernot Töpfer

Dr. Ulrike Wünscher

Dr. Erwin Bartsch

Josephine Jahn

Gottfried Koehn

Dr. Rüdiger Fikentscher

Yvonne Winkler

Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt

stellvertretende Ausschussvorsitzende,
DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)

DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefan Busse

Fabian Eicker

Lars Juister

Hans-Jürgen Krause

Werner Misch

Stefan Schulz

Burkhard Lothholz

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Dr. Bernd Wiegand

Uwe Stäglin

Kerstin Ruhl-Herpertz

Kerstin Godenrath

Manuela Hoßbach

Thomas Braunisch

Udo Rost

Kirsten Sommer

Oberbürgermeister

Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Fachbereichsleiterin FB Umwelt

Abteilungsleiterin Logistik

Controllerin Geschäftsbereich OB

Teamleiter Straßen- und Winterdienst

Abteilungsleiter Stadtgrün

stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlen:

Eberhard Doege

Herr Andreas Scholtyssek

Frigga Schlüter-Gerboth

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Vertreterin Dr. Ulrike Wünscher

Sachkundiger Einwohner

Gäste:

Karsten Thärigen

Leiter Polizeirevier Halle

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung wurde von **Frau Marion Krischok** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es lagen keine Wortmeldungen vor, so dass **Frau Krischok** um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.05.2015
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen
Vorlage: V/2014/12602
 - 5.2. gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP - Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen
Vorlage: VI/2015/00610
 - 5.3. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ausführung der Straßenreinigung in Wohngebieten
Vorlage: VI/2015/00694
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste
 - 7.2. Information zur polizeilichen Lage

- 7.3. Information zur Rettungsübung Neubau ICE-Strecke
- 7.4. Vorstellung des Projektes „Mobilitätsoptimierung in der Stadt Halle (Saale)“
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.05.2015

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 13.05.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen Vorlage: V/2014/12602

Herr Stäglich berichtete, dass dieses Thema, wie gewünscht am Runden Tisch Radverkehr diskutiert wurde. Hierbei war man sich einig, gewisse Kriterien und Gestaltungsmaßstäbe zu erarbeiten. Die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung zu einer zusätzlichen Richtlinie bleibt bestehen, denn es existieren eine Vielzahl von Regelwerken bei der Gestaltung von Verkehrsanlagen.

Herr Stäglich wies darauf hin, dass eine neue zusätzliche Richtlinie auch dazu führen kann, dass auf ggfs. nicht mehr flexibel auf Einzelfälle reagiert werden kann.

Frau Krischok schlug im Namen der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) vor, den Antragstext zu ändern, in Kriterien zur Gestaltung von Radverkehrsanlagen

Herr Stäglich antwortete, dass solche Gestaltungskriterien in Arbeit sind.

Frau Krischok ändert den Antrag im Namen der Fraktion.

Herr Koehn sprach sich gegen diesen Antrag aus, weil er ihn für überreguliert hält.

Es gab keine weiteren Fragen, und **Frau Krischok** bat um Abstimmung des geänderten

Antrages.

Votum der sachkundigen EinwohnerInnen: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt
5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ~~eine Richtlinie~~ **Kriterien** zur ~~einheitlichen~~ Gestaltung von Radverkehrsanlagen zu erarbeiten und dem Stadtrat ~~bis zum Juli 2014~~ zum Beschluss vorzulegen.

**zu 5.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP - Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen
Vorlage: VI/2015/00610**

Herr Dr. Fikentscher erklärte den Grundgedanken und die Notwendigkeit des Antrages.

Herr Stäglin berichtete, dass die Antwort des Landesverwaltungsamtes vorliegt und dementsprechend eine Stellungnahme der Verwaltung erarbeitet wurde.

Herr Misch bat um die Fragen der Verwaltung, welche an das Landesverwaltungsamt gestellt wurden und die Antworten darauf.

Er teilte mit, dass ihm vom Landesverwaltungsamt telefonisch mitgeteilt wurde, dass die bereitgestellten Mittel zur Ruherechtsentschädigung im Friedhof für Investitionen eingesetzt werden können. Dies wurde ihm von der Kommunalaufsicht bestätigt.

Herr Misch wies darauf hin, dass die Aufwendungen für Kriegsgräber und Opfer von Gewalt nach dem Kriegsgräbergesetz finanziert werden.

Herr Misch berichtete über die Gründe der Zahlung einer Ruherechtsentschädigung. Es entstehen aus der Belegung der Kriegsgräber auf den kommunalen Friedhöfen keine Vermögensnachteile. Er sagte, diese Gelder können nicht in anderen Haushaltspositionen eingesetzt werden.

Herr Misch wies darauf hin, dass die Ruherechtsentschädigung in das Vermögen des Haushaltes fließt und nicht für Investitionen verwendet wird.

Herr Misch bat um die Stellungnahme des Landes und die Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Frau Krischok schloss sich diesem Wunsch an.

Herr Stäglin betonte, dass die bisher praktizierte Vorgehensweise richtig ist. Die Ruherechtsentschädigung ist im Ergebnisplan eigesetzt, im Produkt Friedhöfe und nicht allgemein.

Frau Ruhl-Herpertz erläuterte die rechtliche Argumentation und wies darauf hin, dass die Ruherechtsentschädigung wie die Gebühren einzusetzen sind.

Frau Bohm-Eisenbrandt bedauerte den Investitionsstau und hält beide Varianten des Umgangs mit der Ruherechtsentschädigung für nicht tragbar.

Frau Krischok bat zur Stadtratssitzung um eine detaillierte Aufschlüsselung für das im Jahr 2014 verwendete Geld.

Herr Misch sagte, dass das Landesverwaltungsamt schriftlich bestätigt hat, dass diese Gelder für Investitionen eingesetzt werden können.

Herr Dr. Fikentscher erklärte, dass das Land nicht weiter vorschreiben kann, außer das die Gelder für den Friedhof zu verwenden sind.

Herr Misch berichtete von einem Gespräch, in dem gesagt wurde, dass es nicht möglich ist der Verwaltung vorzuschreiben, wie die Mittel einzusetzen sind.

Herr Bernstiel fragte nach dem Problem in der Diskussion, die Verwaltung hat doch bestätigt, dass das Geld dafür eingesetzt wird.

Frau Ruhl-Herpertz führte aus, dass für die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes dafür spricht, dass sie in sich schlüssig und logisch ist. Das Bundesverwaltungsamt und der BGH sagen, dass die Ruherechtsentschädigung eine Entschädigung für die entgangenen Grabgebühren sind und mit Hilfe der Ruherechtsentschädigung erreicht werden soll, dass der Friedhof nicht mit einer Vermögenseinbuße belastet wird, sondern insoweit kostendeckend arbeiten kann. Der BGH betont ausdrücklich, dass der Gesetzgeber gerade nicht wollte, dass die aus dem ewigen Ruherecht theoretisch entstehende Kostendeckungslücke auf die Friedhofsbenutzer umgelegt wird. Vielmehr seien die Kriegsfolgelasten Lasten der Allgemeinheit, die in Form der Ruherechtsentschädigung durch den Bund getragen werden. Aus dieser Systematik ergibt sich ohne Weiteres, dass die Ruherechtsentschädigung zu verwenden ist wie die Friedhofsgebühren und auch, dass sie nicht gebührenrelevant ist.

Herr Bernstiel bat um eine interne Beratung, ob ein Geschäftsordnungsantrag gestellt wird, um den Antrag zu vertagen.

Herr Dr. Fikentscher bat darum, nicht zu vertagen, damit der Grundantrag nicht verloren geht.

Frau Krischok wies darauf hin, dass die nächste Sitzung im September ist.

Frau Krischok bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung des Antrages in die nächste Sitzung.

Votum der sachkundigen EinwohnerInnen:

abgelehnt

3 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

3 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Die Vertagung des Antrages wurde abgelehnt.

Frau Bohm-Eisenbrandt bat um eine Pause, zum Lesen der Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen.

Frau Krischok bat um Abstimmung des Antrages.

Votum der sachkundigen EinwohnerInnen: **einstimmig zugestimmt**
5 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
5 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, künftig die Gelder aus den Ruherechtsentschädigungszahlungen des Bundes an die Stadt in voller Höhe jährlich in den Haushaltsplan zum Zwecke des Abbaus des Investitionsstaus an den Mauern, Treppen, Gebäuden und Wasserleitungen der kommunalen Friedhöfe einzustellen und für diesen Zweck zu verwenden.

**zu 5.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ausführung der Straßenreinigung in Wohngebieten
Vorlage: VI/2015/00694**

Frau Winkler erklärte das Anliegen des Antrages.

Herr Bernstiel sagte, dass nach der Stellungnahme der Antrag doch als erledigt betrachtet werden kann.

Frau Winkler antwortete, dass es hierbei um die zeitliche Begrenzung ab 10:00 Uhr geht.

Herr Töpfer sagte, dass er nicht zustimmen wird, da es nach seiner Meinung in reinen Wohngebieten auch Praxen und Kanzleien gibt.

Herr Braunisch sicherte zu, dass Überprüfungen insgesamt vorgenommen werden. Er betonte, dass eine Einschränkung auf „ab 10:00 Uhr“ zu viel ist

Frau Krischok fragte, wann es ein Ergebnis dieser Überprüfung gibt.

Herr Braunisch antwortete, dass zum Jahresende eine Auswertung erfolgt.

Frau Krischok bat um Abstimmung des Antrages.

Votum der sachkundigen EinwohnerInnen: **einstimmig zugestimmt**
1 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

1 Ja-Stimme
9 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die maschinelle Straßenreinigung in Wohngebieten erst nach 10.00 Uhr ausführen zu lassen

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu 7.2 Information zur polizeilichen Lage

Herr Thärigen informierte anhand einer Präsentation über die polizeiliche Lage in der Stadt Halle (Saale).

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Im Weiteren beantwortete **Herr Thärigen** Fragen zur Prävention, zur Zunahme von Kellereinbrüchen und zum Tragen von Signalwesten bei den Polizisten.

Herr Dr. Wiegand informierte über die vom DFB erteilten Auflagen an den HFC durch die Krawalle in der letzten Saison.

zu 7.3 Information zur Rettungsübung Neubau ICE-Strecke

Herr Teschner berichtete anhand einer Präsentation über die Rettungsübung am 09.Mai 2015 auf der neu gebauten ICE-Strecke.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Anschließend beantwortete er Fragen zum Dank an die Rettungskräfte und zu den Rettungsfahrzeugen.

zu 7.4 Vorstellung des Projektes „Mobilitätsoptimierung in der Stadt Halle (Saale)“

Frau Godenrath stellte die Inhalte des Projektes in einer Präsentation vor.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

In Folge beantwortete sie Fragen zu Erfahrungen mit Gas- bzw. Elektrofahrzeugen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Rahmen des ÖPNV und dem Jobticket .

zu 7.5 Information zur Entlastung durch Fluglärm

Frau Ruhl-Herpertz berichtete, dass ab 26.06.2015 eine Änderung der Flugroute im Osten der Stadt erfolgen wird, so dass es eine Lärmentlastung für die Einwohner geben wird.

zu 7.6 Information zum Spielplatz „Drachennest“

Herr Stäglin informierte zur Eröffnung des Spielplatzes „Drachennest“.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 mdl. Anfrage Herr Lothholz zum Radverkehr in der Merseburger Straße und Trothaer Straße

Herr Lothholz fragte nach dem Mindestabstand, den Fahrzeuge beim Überholen von Fahrrädern in der Trothaer Straße einhalten müssen. Er wies darauf hin, dass auf Grund des baulichen Zustandes der Straße der Abstand nicht einzuhalten ist.

Er fragte, ob dieses Problem bekannt sei und welche Maßnahmen vorgesehen sind, um Sicherheitsbestimmungen einzuhalten.

Herr Stäglin antwortete, dass nach der Bestandssituation kein Schwerpunkt für ein Sicherheitsproblem besteht.

Herr Teschner antwortete zur Sicherheit, dass bei 26 Unfällen von 2012-2014, keiner ein Problem hatte mit dem Seitenabstand.

zu 8.2 mdl. Anfrage von Frau Bohm-Eisenbrandt zur Klimaschutzorganisation "Waldmacher" von Nietleben

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte, zu einem Artikel aus der MZ über die Waldmacher von Nietleben, ob es da eine Zusammenarbeit mit der Stadt gibt.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass es Kontakt gibt, aber keine Zusammenarbeit bei der Flächenauswahl.

zu 8.3 mdl. Anfrage von Frau Bohm-Eisenbrandt zur Bewässerung von Rasenflächen

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte zu den Grünanlagen, ob eine Bewässerung vorgesehen ist.

Herr Rost antwortete, dass die Flächen nach den ersten Regengüssen wieder grün sind. Es wird nicht bewässert.

zu 8.4 mdl. Anfrage von Herrn Töpfer zum Rannischen Platz

Herr Töpfer wies auf den Bauverzug von drei Monaten am Rannischen Platz hin und fragte, was die Ursache hierfür ist.

Herr Stäglin antwortete, dass die HAVAG für die Durchführung verantwortlich ist, und die Antwort zugearbeitet wird.

zu 8.5 mdl. Anfrage von Frau Krischok zu Schulwegen

Frau Krischok bekam zu ihrer Anfrage von April zur Schulwegsicherheit die Antwort, dass sich 40 Personen in der Schulungsmaßnahme zur Funktion als Verkehrshelfer befinden. Sie fragte, wie viele Personen, außer diesen, in welcher Form, an welchen Schulen als Verkehrshelfer tätig sind.

Herr Teschner antwortete, dass sich 12 Schülerlotsen und ein Elternlotse an zwei Schulen befinden.

zu 8.6 mdl. Anfrage von Frau Krischok zur Zunahme von Anhängern als Werbeflächen

Frau Krischok fragte nach der Werbung auf stehenden Anhängern, ob die Verwaltung beurteilen kann, ob die Anzahl der abgestellten Anhänger zugenommen hat und wie viel Geld hierzu als Straßensondernutzung oder Grünflächensondernutzung eingenommen wird.

Herr Teschner sagte, dass Anhänger zur Werbung benutzt werden und teilweise ohne Erlaubnis, Hinweisen werde nachgegangen. Einen Anstieg kann Herr Teschner zahlenmäßig nicht bestätigen.

zu 8.7 mdl. Anfrage von Frau Krischok zur Müllbeseitigung am Bruchsee

Frau Krischok fragte zur Müllbeseitigung am Bruchsee, ob kontrolliert wird und wann das letzte Mal kontrolliert wurde. Sie fragte, ob es möglich ist, während der Saison Müllbehälter aufzustellen.

Frau Ruhl-Herpertz sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung Herr Lothholz zum Radverkehr in der Bernburger Straße als Ergänzung zur VI/2015/00871

Herr Lothholz regte an, am plötzlich endenden Fahrradweg in der Bernburger Straße ein Hinweisschild für die Autofahrer aufzustellen.

Herr Teschner antwortete, dass bisher keine Unfälle waren in diesem Zusammenhang. Er sagte, es ist schwierig einen geeigneten Platz für ein Hinweisschild dort zu finden. Es finden regelmäßig Kontrollen statt, und er wird die Anregung mitnehmen.

Frau Krischok beendete die öffentliche Sitzung.

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Marion Krischok
stellvertretende Ausschussvorsitzende

Kirsten Sommer
stellvertretende Protokollführerin